

Bislang konnten Einwohner*innen bei den Meldebehörden der Übermittlung ihrer Daten an das Bundesamt für das Personalmanagement der Bundeswehr widersprechen. Diese Möglichkeit besteht seit dem 1. Januar 2026 nicht mehr.

Die Befugnis der Wehrerfassung wurde von den Meldebehörden auf die Bundeswehrverwaltung übertragen. Das Bundesamt für das Personalmanagement der Bundeswehr ist nun berechtigt, zum Zweck der Wehrerfassung, Daten von Wehrpflichtigen im automatisierten Abrufverfahren gemäß §§ 34a und 38 des Bundesmeldegesetzes abzurufen und weiterzuverarbeiten.

Alle in der Vergangenheit eingegangenen Widersprüche gegen die Datenübermittlung an die Bundeswehr wurden zum Stichtag gelöscht. Neue Widersprüche oder Anträge auf Übermittlungssperren sind nicht mehr möglich.

Weitere Informationen zum neuen Wehrdienst finden Sie auf der Internetseite des Bundesministeriums der Verteidigung.